(Abend-Ausgabe.)

Berlin.
Donnerstag, 30. April.

National-Zeitung.

№ 200.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Expd. Jindenstr. 81.
Inserate: die Petitzeile 2½ Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: der neue russische Zolltarif; aus dem Herren- und Abgeordnetenhause. Gotha: aus dem Landtag. Hamburg: Auswanderung.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Tagesbericht.
Schweiz. Bern: Annahme der Konferenzvorschläge.
Frankreich. Paris: auswärtige Fragen; die Eröffnung der Bahn nach Rennes; Tagesbericht.
Großbritannien. London: die rumänische Union; Verschiedenes.
Dänemark. Kopenhagen: die Ministerkrisis.
Asien: Ueberlandpost: aus Hongkong, Kalcutta und Bombay.
Amerika: neueste newyorker Post.
Berliner Nachrichten.

Deutschland.

* **Berlin**, 30. April. Der Werth der vom „Nord" veröffentlichten Bestimmungen, welche angeblich der zu erwartende neue russische Zolltarif enthalten wird, unterliegt mannigfachen Zweifeln, und namentlich wird auch in Frage gestellt, daß derselbe schon mit dem Beginn der diesjährigen Schiffahrt ins Leben treten werde. Man schreibt darüber von hier der „Nordd. Ztg.": „Die Quelle des „Nord" führt im günstigsten Falle eben nur zu einem Entwurfe, der noch nicht alle Stadien der Gesetzgebung durchlaufen hat. Das Zustandekommen der russischen Tarif-Reform hängt hauptsächlich von dem russischen Staatsrath ab, welchem der in Rede stehende Entwurf noch nicht unterbreitet ist. Ehe dieser sein Votum abgegeben, erscheint es gerathen, die Erwartung nicht zu hoch zu spannen, zumal das System einer freieren Handelsrichtung in Rußland neu und deshalb noch manchen Schwankungen unterworfen ist. Der handelspolitischen Reform Rußlands stehen die Interessen seiner innern industriellen Entwicklung entgegen. Ob dem unerachtet das Bedürfniß nach einer Entfesselung des russischen Grenzverkehrs die Oberhand behalten wird, dürfte um so fraglicher sein, als die darauf begründeten Ansprüche vor noch nicht langer Zeit und in einem nicht unbeträchtlichen Maße berücksichtigt wurden. Die russische Regierung hat die während des orientalischen Krieges in Folge der Ostseeblockade zugestandenen Erleichterungen und Tarifermäßigungen für den Landhandel auch noch nach dem Frieden in Kraft gelassen. Sie scheint geneigt, der Handelsfreiheit innerhalb jener Grenze auch ferner entgegen zu kommen. Weitergreifende Verkehrserleichterungen erscheinen für jetzt fraglich. Im günstigsten Falle bietet sich eine Ermäßigung des Tarifs für Leinenwaaren. Dagegen entsteht der Tuchausfuhr in Rußland durch den Schutz der russischen Industrie vorzugsweise in gröbern Tuchen ein unüberwindliches Hinderniß. In Betreff der neuen Zollreform fällt insbesondere ins Gewicht, daß der neue Zolltarifs-Entwurf von dem Staatsrath von Tengoborski ausgearbeitet wurde, dessen jetzt erfolgter Tod die freiere Handelsrichtung in Rußland ihres einflußreichsten Vertreters beraubte. Die Vollendung des von ihm hinterlassenen Werkes ist für jetzt noch nicht gesichert. — Die Folgen dieses Todesfalles äußern sich außerdem in der Sundzollangelegenheit, insofern das Kommissariat zum Abschluß einer Spezial-Konvention über den Abzahlungs-Modus zwischen Dänemark und Rußland dem Sohne des verstorbenen Staatsrathes übertragen wurde, dieser aber wegen des Todesfalles die betreffenden Verhandlungen abgebrochen hat, um nach Petersburg zu reisen."

* **Berlin**, 30. April. Die Budget-Kommission des Herrenhauses hat durch die Herren Dr. Brüggemann und Piper ihren dritten Bericht über den Staatshaushaltsetat für 1857 erstattet:

In Betreff der Post- und Telegraphen-Verwaltung sowie der Porzellan- und Gesundheitsgeschirre-Manufaktur empfiehlt sie die Genehmigung der Etatssätze und beantragt nur, das Haus wolle den Wunsch der Ermäßigung des Preises für die Gesetz-Sammlung aussprechen. In ihrem Berichte über die Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltungs-Etats stellt sie den Antrag auf Aufhebung der Ober-Bergämter. Sie berichtet ferner über den Etat der Handelsꝛc. Verwaltung. Zunächst empfiehlt sie dem Hause, die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung bei allen Staatsbauten die Rücksichten der Sparsamkeit vorwalten lassen möge. Bezüglich des Eisenbahn-Aktien-Amortisations-Fonds stellt sie den Antrag auf Abänderung des bezüglichen Gesetzes dahin, daß die Beträge der Eisenbahnsteuer einstweilen zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der Staatskasse zufließen. Zu dem Etat der Justiz-Verwaltung empfiehlt sie, der Regierung zur dringenden Erwägung anheimzugeben, ob nicht in der Justiz-Organisation namentlich durch die Beschränkung der Zahl der Ober-Gerichte und durch die vereinfachte Einrichtung der Unter-Gerichte eine wesentliche Verminderung des Beamtenpersonals erzielt werden könne. Beim Etat des Ministeriums des Innern trägt sie auf Erhöhung der Paßkartengebühren auf 10 Sgr. an, und auf Verminderung der Kosten für die Polizei-Verwaltung in den größern Städten. Mit Ausnahme des Antrags bezüglich der Paßkartengebühren haben sämmtliche Anträge bei den der Kommissionsberathung beiwohnenden Regierungs-Kommissarien Widerspruch gefunden.

— Die Kommission des Herrenhauses für Finanzsachen hat ihren Bericht über die in Ausführung des Artikels VI. des Allgemeinen Vertrages wegen Aufhebung der Sund- und Beltzölle vom 14. März 1857 mit der Krone Dänemark abgeschlossene Konvention vom 25. April erstattet und empfiehlt dem Hause, der Konvention die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses für Verfassungs-Angelegenheiten hat über eine Petition Bericht erstattet, die ihrer Eigenthümlichkeit wegen erwähnt zu werden verdient.

Der Prediger Tyska in Rüberdorf macht nämlich in Bezug auf die künftige Vertretung des Vaterlandes folgende Vorschläge: 1) Wenn nach Ablauf der jetzigen Wahlperiode bei der Neuwahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer nicht die Hälfte der Urwähler eines Urwählerkreises zur Wahl eines Wahlmannes erscheint, so verzichtet dieser Urwählerkreis für die nächste Wahlperiode auf eine Vertretung in der Kammer der Abgeordneten. 2) Wenn nicht die Hälfte der Wahlmänner eines Wahlkreises zur Wahl eines Abgeordneten oder mehrerer Abgeordneten erscheint, welche erscheinen müßten, wenn alle Urwählerkreise dem ad 1. Gesagten gemäß hätten Wahlmänner wählen können, so verzichtet dieser Wahlkreis für die nächste Wahlperiode auf die Vertretung in der Kammer der Abgeordneten. 3) Wenn nicht die Hälfte der Abgeordneten im Lande gewählt sind, aus welchen die Kammer bestehen sollte, so verzichtet das Land für die nächste Wahlperiode auf die Vertretung, und in 6 Jahren ist das Land auf diese Weise wieder zu fragen, ob es eine Vertretung wünsche. Das Motiv des Antragstellers ist von ihm dahin angegeben: Die Kammer der Abgeordneten soll das Volk vertreten. Wenn aber nicht einmal die Hälfte der Urwähler an den Wahlen Theil nimmt, so will es keine Vertretung. Sonach — heißt es in dem Bericht der K. mission — soll der Ansicht des Antragstellers zufolge die Entscheidung über die Zukunft des Staats nicht von denjenigen Wählern, welche sich bei den Wahlen unter Bringung von Opfern thätig betheiligen, sondern von denjenigen abhängig gemacht werden, welche die ihren Mitbürgern gegenüber übernommenen politischen Pflichten verletzen und gleichgültig das über sich und das Land ergehen lassen, was der Zufall bringt. Die Kommission empfiehlt dem Hause einstimmig den Uebergang zur Tagesordnung.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde das Gewerbesteuergesetz in zweiter Abstimmung mit 187 gegen 87 Stimmen angenommen. Man fuhr darauf in der Berathung des Gesetzes, betr. die Heranziehung der Aktien- und ähnlichen Gesellschaften zur Gewerbesteuer, fort. §. 2 wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Steuer ist für jedes Kalenderjahr nach der Summe der Zinsen und Dividenden, welche für das vorhergegangene Kalenderjahr an die Inhaber der Aktien oder sonstigen Antheile zur Vertheilung kommen, zu berechnen. Dieselbe beträgt für das Jahr: a) den fünfzigsten Theil der gedachten Summe; b) wenn aber der hiernach sich ergebende Steuersatz hinter der Summe von 36 Thlr. zurückbleibt, diese letztere Summe. Ausländische Gesellschaften der im §. 1. bezeichneten Art, welche in den diesseitigen Landen ein stehendes Gewerbe in solcher Weise betreiben, daß dasselbe nach den allgemeinen Bestimmungen gewerbesteuerpflichtig ist, zugleich aber auch im Auslande ihr Gewerbe betreiben, sollen zu der vorstehend angeordneten Steuer nur nach Maßgabe des inländischen Geschäftsbetriebes herangezogen werden. Demgemäß haben dieselben die Steuer nach denjenigen Theile der zur Vertheilung kommenden Zinsen und Dividenden zu entrichten, welcher dem Umfange ihrer Geschäfte in den diesseitigen Landen im Verhältnisse zu dem Gesammtumfange ihres Gewerbetriebes entspricht."

* **Gotha**, 29. April. Die „Gothaische Ztg." bemerkt unter vorstehendem Datum, daß in Folge der neulichen Beschlüsse des gemeinschaftlichen Landtags wegen Vereinigung der beiden Herzogthümer eine Regierungsvorlage über entsprechende Abänderungen des Staatsgrundgesetzes bereits in der nächsten Sitzung des Landtags erfolgen solle.

= **Hamburg**, 29. April. Im Laufe des gestrigen Tages sind, wie wir hören, nahe an 3000 Auswanderer von verschiedenen Richtungen her hier angelangt. Die meisten von diesen brachte der Berlin-Hamburger Eisenbahnzug am Nachmittage hierher. 600 mecklenburgische Auswanderer kamen gestern Abend 6 Uhr mit einem Extrazuge hier an.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 29. April. Die französischen Vermittelungs-Versuche zur Ausgleichung der mit Sardinien bestehenden Differenzen werden mit großem Eifer betrieben. Wenn auch dieselben vielleicht noch nicht so weit gediehen sind, als ein Korrespondent der „Börsen-Halle" meldet, so scheinen doch dessen Mittheilungen für die Situation bezeichnend. Er schreibt: „Die Fortschritte, welche die vermittelnde Intervention der französischen Diplomatie gemacht hat, sind jedenfalls bedeutend zu nennen, denn der Ausgleich zwischen den Höfen von Wien und Turin ist nunmehr von gegenseitiger Einigung über gewisse Formalitäten abhängig, welche letztere stets in der Diplomatie und in den Beziehungen der europäischen Höfe eine mehr oder minder große Rolle heute zu Tage spielen. Besondere Lorbeeren bei der Vermittelung zwischen Piemont und Oesterreich weiß sich Baron Bourqueney zu sammeln, welcher in der That eine Aktivität bezüglich dieser Angelegenheit entwickelt, die nur erfreuliche Resultate zur Folge haben kann." — Der „Oesterr. Ztg." wird aus Hermannstadt die am 19. erfolgte Abreise einer Deputation der evangelischen Landeskirche A. C. in Siebenbürgen nach Wien gemeldet, nicht nur, um dem Kaiser die loyalsten Glückwünsche dieser Kirche für bevorstehende Reise nach Ungarn darzubringen, sondern auch, um in Wien die endliche Lösung einiger schon seit Jahren an der Tagesordnung stehenden, das physische und geistige Leben der deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen sehr nahe berührenden Fragen zu fördern. Es ist dies besonders die Frage der Entschädigung der evangelisch-sächsischen Geistlichen für den Entgang der Zehenten, Eine andere gleich wichtige Frage, welche die Deputation zu urgiren berufen ist, ist die Realisirung der von der sächsischen Nationsuniversität im Jahre 1851 zu Gunsten der Siebenbürger evangelisch-deutschen Gymnasien, Seminarien und Volksschulen nach sorgfältiger Erwägung in legitimer Weise gemachten großartigen Widmung aus dem gesammten, auch gemäß Art. 13, 1791 nur und ausschließlich der universitas nationis Saxonicae gehörenden sächsischen Nationalvermögen, welches eine Jahresrente von mindestens 50,000 fl. C. M. abwerfen dürfte. Diese Stiftung wurde von den gesetzlichen Vertretern der sächsischen Nation aus Aufforderung der Regierung gemacht und von dem Kaiser „mit Wohlgefallen" allergnädigst aufgenommen. Gleichwohl hat es an Anfechtungen dieser im eigensten Interesse deutscher Bildung und Kultur gemachten Widmung im Lande nicht gefehlt, so daß dieselbe, so weit sie das Volksschulwesen angeht, zum entschiedenen Nachtheile der Betheiligten heute noch nicht vollständig realisirt ist und das evangelische Oberkonsistorium in Hermannstadt, als der oberste Vertreter des evangelischen Schulwesens, sich verpflichtet gesehen hat, das Aufhören jener auf evidenten historischen und juristischen Irrthümern beruhenden Anfechtungen bei der hohen Centralregierung in Wien zu bewirken. — Die Eisenbahn nach Triest soll nach kaiserlicher Anordnung am 15. Mai die erste Probefahrt machen, aber erst am 25. Juli dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Dieser letzteren Feierlichkeit wird der Kaiser beiwohnen.

Schweiz.

Aus Bern vom 28. April Mittags wird telegraphisch gemeldet: „Der Bundesrath hörte gestern die Deputation der Neuenburger Regierung, die aus den Staatsräthen Guillaume und Grandjean besteht; sie machten verschiedene Ausstellungen an den Konferenz-Vorschlägen, erklärten sich aber dennoch für die Annahme derselben. Auch der Bundespräsident Fornerod hat nun dem Bundesrathe die Zustimmung empfohlen; die Berathung ist heute noch nicht beendigt, wird aber morgen zum Schlusse gelangen." Wie eine Depesche aus Frankfurt (vgl. dieselbe am Schlusse) meldet, ist dann am folgenden Tage (gestern) die Annahme der Vorschläge vom Bundesrathe beschlossen worden.

Frankreich.

△ **Paris**, 29. April. Lord Cowley wird während der Zeit des Besuchs der Großfürsten Konstantin Paris nicht verlassen. Es heißt, daß es den dringenden Vorstellungen einer hohen Person gelungen ist, die selbst in den hiesigen Regierungsblättern bereits angekündigte Absicht des englischen Gesandten rückgängig zu machen. Auch der Streit zwischen dem Palais Royal und den Tuilerien scheint ausgeglichen zu sein. Prinz Napoleon, welcher den Großfürsten in Toulon nicht abgeholt hat, wird demselben später bis Bordeaux das Geleit geben. — Die Union der Donaufürstenthümer ist hier fortwährend Gegenstand einer eifrigen Thätigkeit. Man will hier von Neuem wissen, daß Frankreich die Pforte im Sinne der Union belehrt habe (?), namentlich durch die bestimmte Versicherung, daß das Pariser Kabinet nicht allein keine Kandidatur eines fremden Prinzen begünstige, sondern überhaupt nie an einen solchen für den neu zu schaffenden rumänischen Thron gedacht habe. — Mehrere Zeitungen haben die Streitkräfte, welche England nach China zu senden beabsichtigt, außerordentlich übertrieben, sogar bis zur Ziffer von 50,000 Mann. England kann bekanntlich eine solche Truppenzahl nicht aus den Aermeln schütteln und dann beabsichtigt es ja auch nicht, China zu erobern, sondern nur seinen Unterthanen Sicherheit gegen Exzesse und seinem Handel Absatzquellen zu schaffen. 10—15,000 Mann nebst der Flotte sind eine genügende Macht, dies Ziel zu erreichen. — Die Eröffnung der Eisenbahn von Paris nach Rennes hat am Sonntag statt gehabt und die genannte Stadt hat zwei Tage lang dies Ereigniß durch glänzende Feste gefeiert. Die Verbindung der Hauptstadt der Bretagne mit Paris vermittelst des eisernen Armes ist mehr als ein industrielles, sie ist ein politisches Ereigniß; der Sitz des Legitimismus ist nunmehr in den Bereich der revolutionären Centralisation hineingezogen. Der Kaiser wollte jener Feier auch äußerlich eine besondere Bedeutung beilegen, und trug den Ministern der öffentlichen Bauten und des Innern auf, den Festen in Rennes beizuwohnen. Es scheint daß ein Etikettenstreit die Anwesenheit des Ersteren verhindert hat. Herr Rouher als Minister der öffentlichen Bauten nahm für sich das Recht des Vorsitzes bei der Feier in Anspruch, während Herr Billault als Minister des Innern sich vorzugsweise berufen glaubte, durch eine Rede der Angelegenheit die gewünschte politische Weihe zu geben. Der Streit endete zu Gunsten des Ministers des Innern und das Arbeitsministerium war demnach nur durch Herrn v. Franqueville, Direktor der Brücken und Landstraßen, und durch zwei Bureauvorsteher der ministeriellen Eisenbahnverwaltung vertreten. — Dem Gesetzentwurfe über die Besteuerung der Börsenpapiere steht eine wichtige Modifikation bevor, welche wahrscheinlich dem Widerstande des gesetzgebenden Körpers ein Ende machen wird. Der Abgeordnete Busson, Mitglied der Budget-Kommission, hat nämlich den Vorschlag gemacht, der auch vom Staatsrath genehmigt worden ist, die Steuer auf 15 Centimes für Aktien auf den Inhaber lautend, und auf 5 Centimes für Aktien auf den ersten Zeichner lautend anzusetzen. — Die türkische Post meldet heute, daß man in Bagdad am 27. März den Abschluß des Friedens zwischen England und Persien kannte.

× **Paris**, 28. April. Die von Berlin erwartete Antwort war heute Nachmittag auf der preußischen Gesandtschaft noch nicht eingetroffen; dagegen soll der Gesandte in Berlin, Herr von Moustier bereits die besten Aussichten für die Annahme des Vermittelungsvorschlages von Seiten Preußens eröffnet haben. Hier wird sehr gewünscht, die Erklärungen von beiden Seiten bis Ende der Woche eingehen zu sehen. — Lord Cowley wird nicht allein in Paris bleiben, sondern auch mit den übrigen Mitgliedern des diplomatischen Korps an allen Festlichkeiten theilnehmen, die zu Ehren des russischen Gastes stattfinden. Graf Kisseleff verläßt heute Abend Paris, um den Großfürsten in Chalons sur Saone zu erwarten. Auf dem hiesigen Lyoner Bahnhofe hat man heute mit den Vorbereitungen zum Empfange des Prinzen begonnen; die große Halle wird in einen Blumengarten verwandelt. Auch die gelbe Fahne mit dem Doppeladler beginnt sich schon auf den Boulevards zu zeigen, aber nicht einzelne, sondern vereint mit der Trikolore und dem englischen Banner. Es ist nämlich den Kaffetiers u. s. w., die gewöhnlich solche Ausstellungen machen, von Polizeiwegen bedeutet worden, die englische Fahne nicht zu vergessen. Daß der Prinz Napoleon den Großfürsten auf seiner Küstenreise begleiten wird, ist noch keine ausgemachte Sache, obschon es wahrscheinlich ist, daß er sich in dieser Beziehung dem Wunsche des Kaisers fügt. — Auch auf der heutigen Börse machte das Sinken aller Course neue Fortschritte. Es hieß, daß die Kommission des gesetzgebenden Körpers, der jetzt das Gesetz über die Steuer auf Werthpapiere vorliegt, verschiedene Amendements vorschlägt, welche die Steuer noch erhöhen würden.

△△ **Paris**, 28. April. Was von Begeisterung augenblicklich in Frankreich zu Tage kommt, theilt sich zwischen dem Großfürsten Konstantin und den rumänischen Patrioten. Im Hinblick auf den ersten kühlen Schriftwechsel zwischen dem Kaiser Nikolaus und dem Kaiser Napoleon III. mag man immerhin in dem jetzigen Besuche des Sohnes des Ersteren einen bedeutenden Umschwung ausgedrückt finden. Eine ähnliche Schmeichelei wird der Nationaleitelkeit dadurch bereitet, daß die Rumänen sich ganz und gar an den französischen Bevollmächtigten anklammern, und lediglich von ihm auf ihre eigenen Füßen gestellt zu werden hoffen. Hierin ist freilich weit weniger ein stolzes Selbständigkeitsgefühl ausgeprägt, als das Bewußtsein einer ausnehmenden Schutzbedürftigkeit, und ob dieser Schutz künftig von Frankreich irgendwie nachhaltig wird geleistet werden können, ist mehr als zweifelhaft. Aber als Gönner irgend einer angeblich beeinträchtigten Nationalität dazustehen, macht dem großen Publikum immer Freude und die auf diesem überlieferten Beruf Frankreichs bezüglichen großherzigen Redensarten verfehlen niemals ihre Wirkung. — Lord Cowley soll durch die Auslegung, die man hier allgemein seiner beabsichtigten Reise gab, bewogen worden sein, dieselbe aufzugeben; eine solche Kälte gegen einen Gast des Kaisers kundzugeben, hätte von diesem selbst leicht als Beleidigung angesehen werden mögen. — In Cherbourg wird zwischen dem 15. und 20. Mai die zweite Abtheilung des russischen Geschwaders aus Kronstadt eintreffen, mit welcher sich später die erste Abtheilung, die jetzt in Toulon liegt, vereinigen wird, um zusammen nach Rußland zurückzukehren. Es wird bis dahin in den südlichen Küstenstädten Frankreichs noch manches Verbrüderungsfest zwischen den Seeleuten beider Nationen geben. — Die „Patrie" kündigt heute an, daß der Kaiser und die Kaiserin am 15. Mai in Compiegne in Gesellschaft des Königs von Bayern erwartet werden. Dieselben werden dort acht Tage verweilen.

Aus London bringt der „Constitutionel" einen Bericht über die dortigen Erfolge des Herrn v. Lesseps. Am 25. wohnte er dort in der Goldschmiedhalle einem Festmahle bei, bei welchem Herr Gladstone, einer der reichsten Bankiers der City, den Vorsitz führte, und der frühere Schatzkanzler Gladstone, der Bischof von London, ein Direktor der ostindischen Kompagnie und zahlreiche andere Notabilitäten anwesend waren. Herr Gladstone brachte einen Toast auf Herrn von Lesseps und seine Bemühungen für den Suezkanal aus. Letzterer drückte in einer längeren Antwort seine Befriedigung über die Theilnahme aus, welche das Unternehmen in England finde;